

## **Streiks in Karl-Marx-Stadt: Arbeiterinnen und Arbeiter erheben ihre Stimmen!**

Entdecken Sie die Geschichte Chemnitz's und die Umbenennung in Karl-Marx-Stadt, die 1953 tiefgreifende Auswirkungen hatte.

### **Chemnitz, Deutschland -**

Am 9. Januar 2025 jährt sich die Umbenennung der Stadt Chemnitz in Karl-Marx-Stadt, die von der DDR-Regierung durchgeführt wurde. Ursprünglich war eine Umbenennung von Eisenhüttenstadt nach Karl Marx ab 1953 geplant, jedoch wurde dieser Plan nach dem Tod von Josef Stalin im März 1953 verworfen. Stattdessen erhielt Eisenhüttenstadt den Namen Stalinstadt. Während Leipzig aufgrund seiner Messetradition und Rolle als Tor zur Welt von einer Umbenennung verschont blieb, vermutet man, dass Walter Ulbricht den Umbenennungsplan für Leipzig verhinderte, um später selbst Namenspatron seines Geburtsortes zu werden.

Die Bürger in Chemnitz erfuhren Ende April von der Umbenennung, die von DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl mit 180.000 Werktätigen auf dem Stalinplatz gefeiert wurde. Der Festakt diente nicht nur der Umbenennung, sondern auch als Demonstration der Verbundenheit zwischen der SED-Regierung und der Bevölkerung, wie **MDR.de** berichtete.

### **Streiks im Bezirk Karl-Marx-Stadt**

Neben der Umbenennung betrachten Historiker auch die

Ereignisse des Volksaufstands 1953, die sich im Bezirk Karl-Marx-Stadt abspielten. Die Streikzentren waren in Freiberg, Crimmitschau, Tannenberg, Penig und Werdau. Die Proteste begannen in der Nacht vom 17. zum 18. Juni, ausgelöst durch Normenerhöhungen, die Verschlechterung der Lebensbedingungen und den verhängten Ausnahmezustand.

Am 18. Juni traten Metallarbeiter des VEB Wälzlagerwerks Fraureuth in den Streik. Die Parteiführung versuchte, die Arbeiter einzuschüchtern, und der Parteisekretär verkündete den Ausnahmezustand. Um 2 Uhr morgens wurde der Ausnahmebefehl verlesen. Nach anfänglichen Protesten nahmen die Arbeiter die Arbeit wieder auf, aber 250 bis 300 von ihnen versammelten sich später zu heftigen Diskussionen.

Bei Arbeitsbeginn der Frühschicht formierte sich die gesamte Belegschaft und stellte Forderungen zu Normen, freien Wahlen und politischen Veränderungen. Ein Versuch eines Demonstrationzuges zur Stadtkommandantur wurde durch sowjetische Soldaten und Volkspolizisten blockiert, die sich jedoch nach Protesten zurückzogen. Weitere Betriebe, darunter das Vereinte Trikotagenwerk und der VEB Wärmetechnik in Crimmitschau, schlossen sich dem Streik an, was zu andauernden Arbeitsniederlegungen führte, wie [Bundesarchiv.de](https://www.bundesarchiv.de) dokumentiert.

Am 19. Juni legte die Belegschaft erneut für mehrere Stunden die Arbeit nieder, um die Freilassung von inhaftierten Kollegen zu fordern. Während der Streiks wählten die Arbeiter des Wälzlagerwerks eine 22-köpfige Kommission, die Verhandlungen mit der SED und der Werkleitung führen sollte. Die MfS-Kreisdienststelle in Werdau nahm acht Rädelsführer fest. Trotz der Repressionen kamen bis auf zwei Personen alle Inhaftierten am 1. Juli wieder auf freien Fuß.

- Übermittelt durch **West-Ost-Medien**

Details	
<b>Vorfall</b>	Demonstration
<b>Ursache</b>	Normenerhöhung, Verschlechterung der Lebensbedingungen, Verhängung des Ausnahmezustandes
<b>Ort</b>	Chemnitz, Deutschland
<b>Festnahmen</b>	8
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.mdr.de">www.mdr.de</a></li><li>• <a href="http://www.bundesarchiv.de">www.bundesarchiv.de</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)**